



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Egon Jüttner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Cornelia Pieper

Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL +49 (0)30 18 17-2926
FAX +49 (0)30 18 17-3903

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den **22. Nov. 2010**

**Schriftliche Fragen für den Monat November 2010
Frage Nr. 11-164**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage:

Was unternimmt die Bundesregierung, dass Indien die Einhaltung der international eingegangenen Vereinbarungen zum Schutz von Minderheiten, die formaljuristisch in indisches Recht übergegangen sind, auch in der Praxis umsetzt, damit sich die Lebensumstände und die tatsächliche rechtliche Situation der Dalits nachhaltig verbessern?

beantworte ich wie folgt:

Nach Einschätzung der Bundesregierung ist in der Republik Indien eine allgemeine, systematische und staatlicherseits direkt oder indirekt geförderte Diskriminierung von Dalits nicht gegeben. Vielmehr erfahren zumindestens die Dalits buddhistischen und hinduistischen Glaubens staatlicherseits "positive Diskriminierung" durch eine Dalitquote, u.a. bei der Vergabe von Studienplätzen, Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst oder auch Sitzen in den Leitungsgremien der Bildungsinstitutionen. Gleichwohl ist aber auch bekannt, dass Dalits, die nach hinduistischem Verständnis keiner Kaste angehören, im täglichen Leben vielfach diskriminiert werden.

Die Bundesregierung setzt sich in der EU aktiv für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein; die EU wie auch Indien haben sich verpflichtet, hierfür einzutreten. Dabei gründet die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Indien auf gemeinsamen Werten wie Demokratie und Menschenrechte, Grundfreiheiten (darunter die Religionsfreiheit), Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus.

Menschenrechtsthemen, so auch die Situation von Minderheiten in Indien, wurden zuletzt am 25. März 2010 in New Delhi im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs mit Indien erörtert. Die indische Regierung erklärte, dass der notwendige rechtliche Rahmen de facto bereits existiere, räumte aber Defizite bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften ein. Die EU-Delegation in New Delhi wird die Lage der Minderheiten in Indien auch in Zukunft aufmerksam verfolgen.

Im Bereich der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Indien kann die Bundesregierung darauf verweisen, dass sich zahlreiche Maßnahmen - wegen ihrer häufig besonders schwierigen ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen - speziell an Dalits (wie auch an Adivasi) richten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in purple ink that reads "Cornelia Treppe". The signature is written in a cursive, flowing style.